



SPD-Konzept für eine Brennelementesteuer – Atomausstieg bleibt

„Regierung klagt Atomstromsteuer“ – so titelte die Financial Times Deutschland am 3. Juni. Zur Überraschung vieler hat das Kabinett Merkel eine Besteuerung von Atomstrom in ihr sogenanntes Sparpaket eingebaut. Und dabei hat sie hemmungslos bei uns abgekupfert.

Nicht gerechtfertigte Vorteile von Atomstrom gegenüber konventioneller Erzeugung abzuschöpfen – diese Idee stammt ebenso von der SPD wie die Absicht, die Atomkraftwerke an den Kosten zur Sanierung der maroden Endlager Asse II und Morsleben zu beteiligen.

Zur Erinnerung: Die Stromerzeugung mit Kohle und Gas muss Berechtigungen für den unumgänglichen Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid nachweisen. Das kostet direkt oder indirekt Geld und erhöht die Preise für den Strom. Das soll so sein, denn durch diesen Emissionshandel werden Kosten beim Klimaschutz transparent.

Risiken von Atomstrom besteuern

Aber was ist mit dem Atomstrom? Atomkraftwerke bergen Risiken, die sich nicht in den Strompreisen niederschlagen. Wenn aber beim Kohlestrom die Klimafolgen abgebildet werden, muss das auch bei den besonderen Risiken der Atomkraft gelten. Die Konsequenz ist klar: Während Kohle und Gas Emissionsrechte finanzieren, wird auf Atomstrom eine Steuer erhoben, um die Vorteile gegenüber Kohle und Gas auszugleichen. Hinzu kommen Beiträge, um die Kosten zur Endlagersanierung – mindestens 7,7 Milliarden Euro – abzudecken. Warum sollte dafür auch der Steuerzahler aufkommen? Dagegen hatte sich schon der frühere Umweltminister Sigmar Gabriel im letzten Jahr ausgesprochen und eine Steuer auf Uraneinsatz gefordert.

Schwarz-Gelb hat diese Gründe nun für ihre Version der Atomstromsteuer übernommen. Aber so richtig wollen Merkel und Co. dann doch nicht zugreifen: Der Steuersatz ist absehbar zu gering, um diese unbegründeten Vorteile der Atomkraftwerke auszugleichen. Daher fordert die SPD einen höheren Steuersatz.

Außerdem streitet die Koalition heftig darüber, ob die Steuer von verlängerten Reaktorlaufzeiten abhängig ist oder nicht. CDU und CSU sehen eine solche Verknüpfung mit längeren Laufzeiten – Merkel und Schäuble lassen aber das Gegenteil verkünden.

Brennelementesteuer ohne Laufzeitverlängerung

Dagegen ist die SPD-Position in dieser Hinsicht eindeutig: Die Steuer ist als Ausgleich für ungerechtfertigte Vorteile beim Atomstrom angelegt. Mit längeren Laufzeiten hat das gar nichts zu tun! Daher soll der Atomstrom auch und gerade ohne längere Laufzeiten besteuert werden. Der ursprünglich vereinbarte Atomausstieg ist also nicht betroffen – am schrittweisen Ausstieg ändert sich dadurch nichts. Das ist ein weiterer Unterschied zu dem, was CDU und FDP wollen.

Und was geschieht mit dem Strompreis? Die Atomkonzerne versuchen immer wieder, mit Preisanhebungen wegen der Steuer zu drohen. Ihnen ist aber bisher jedes Mittel recht gewesen, um höhere Preise zu „begründen“. Dagegen erklären Vertreter der Wissenschaft: „Die Kosten für eine Brennelementesteuer bleiben bei den Stromerzeugern hängen.“ So sehen wir das auch!